

Fakten statt Lärm



Im Sommer 2024 wurde der grösste Stellenabbau in der Schweizer Mediengeschichte publik. Schon viel länger läuft die Diskussion, ob die Serafe-Gebühren 335 Franken, 300 Franken oder 200 Franken betragen soll. Dabei bräuchte es endlich eine Debatte über den medialen Service public und die Finanzierung der Medien. Eine der zentralen Fragen lautet: Was ist uns Journalismus in der viersprachigen Schweiz wert?



Für eine echte Debatte braucht es Fakten als Basis:

1. Die privaten Medien in der Schweiz haben ein massives Finanzierungsproblem. Inzwischen fließen jedes Jahr 2 Milliarden Franken an Werbegeld zu Tech-Plattformen wie Google, Facebook und Instagram. Diese 2 Milliarden fehlen den Medien, mit teureren Abos ist der Ausfall nicht annähernd zu kompensieren. Die Konsequenzen: Stellenabbau, Ausdünnung des Angebots, Verflachung, Kannibalisierung.
2. In den letzten 20 Jahren sind in der Schweiz rund 70 Medientitel verschwunden. Das führte zu einer Verarmung, unterschiedliche Gesichtspunkte fehlen. Natürlich gab es in derselben Zeitspanne auch Neugründungen, doch von ihnen schafften bislang kein halbes Dutzend den «Break Even», also eine ausgeglichene Rechnung. Die Erkenntnis: Journalismus ist kein Geschäftsmodell mehr. Keine Unternehmerin, die bei Trost ist, reitet ein totes Pferd.
3. Ein Privathaushalt gibt laut Bundesamt für Statistik im Durchschnitt jährlich 3168 Franken aus für den Medienkonsum. Darunter fallen Zeitungen, Bücher und Streaming-Dienste wie Spotify, usw. Die Medienabgabe beträgt zurzeit 335 Franken. Mit anderen Worten: Die Serafe-Gebühren machen also etwa 10 Prozent der Gesamtausgaben für Medien aus.
4. Seit nunmehr 20 Jahren wächst das Online-Angebot stetig. Es wächst, weil die Leute immer mehr und länger im Netz unterwegs sind. Die klassischen Vektoren Print, Radio und lineares Fernsehen verlieren stetig an Reichweite. Die Transformation ist in vollem Gang. So muss man die Hintergrundsendung «Echo der Zeit» von Radio SRF heute nicht mehr um 18 Uhr einschalten. Wir können sie zu einem beliebigen Zeitpunkt oder via Podcast hören. Die BBC, die von Grossbritannien aus weltweit Standards setzt, baut sich so um, dass ab 2030 die allermeisten Angebote nicht mehr linear, sondern nur noch auf Abruf (on demand) ausgespielt werden.
5. Seit Jahren behaupten Nationalräte wie Gregor Rutz, die SRG lasse den privaten Medien online zu wenig Raum, um sich zu entfalten. Eine Studie des Forschungszentrums Öffentlichkeit und Gesellschaft (fög) der Universität Zürich hat diese Hypothese nun empirisch geprüft. Die Befragung von 2000 Personen in der deutschen und französischsprachigen Schweiz kommt zum Schluss, dass nur gerade 4 Prozent sich ausschliesslich über SRG-Plattformen informieren. Die Verdrängungsthese ist also widerlegt.



6. In der Schweiz sind 17 Prozent der Bevölkerung bereit, für Online-Angebote zu bezahlen. Dieser Wert lag früher tiefer, stagniert aber seit ein paar Jahren. Ein zweiter Befund der fög-Studie: Die Nutzung von SRG-Plattformen beeinflusst die Zahlungsbereitschaft für private Online-Angebote nicht und sie führt nicht zu einer geringeren Beachtung von Abonnement-, Pendler- und Boulevardmedien.
7. Der SRG sind Grenzen gesetzt: Online dürfen Beiträge ohne Bezug zu Radio- oder Fernsehsendungen nicht länger als 1000 Zeichen sein. Das entspricht zwei kurzen Textabschnitten.
8. Seit der Ära von Medienministerin Doris Leuthard sind die Gebühren für die SRG gedeckelt. Die Mehreinnahmen, die es dank dem steten Wachstum von Privathaushaltungen gibt, fliessen nicht zur SRG. Die Medienabgabe betrug übrigens 2017 noch 450 Franken pro Jahr. Seither ist sie also um 25 Prozent gesunken.
9. In der kleinräumigen Schweiz rechnen sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, Kultur- und Unterhaltungssendungen sowie Live-Sport nicht. Private Medien produzieren, was sich rechnet, sonst könnten sie nicht bestehen. (Die grosse Ausnahme ist die Eishockey-Meisterschaft. Sie wird seit der Saison 2017/2018 vom Pay-TV-Sender MySports, der Sunrise gehört, abgedeckt. Die Kosten für die Übertragungsrechte kann er allerdings bei Weitem nicht wieder einspielen.) Serien wie «Der Bachelor», «Die Bachelorette» und «Bauer ledig sucht», die vom Privatsender 3 Plus produziert werden, lassen sich am Markt finanzieren.
10. Die Medienkrise zeigt sich ausgeprägt im Lokalen. Wieso? In den Bereichen Ausland, Inland, Wirtschaft und Sport konnten Redaktionen zusammengelegt und so Kosten gespart werden. Lokaljournalismus lässt sich nicht zusammenlegen. Je weniger über Lokales berichtet wird, desto mehr schwindet die Verwurzelung der Menschen mit ihrer Region. Dieser Befund ist belegt.
11. Auch in der Schweiz hat der Clickbait-Journalismus längst Einzug gehalten (to bait = ködern). Oberstes Ziel ist es, die Leute möglichst lange mit knalligen Storys auf dem eigenen Online-Portal zu halten. Es geht um Reichweite, Klicks, Werbung und Angebote hinter der Bezahlschranke.

Die Chronologie der Halbierungsinitiative:

März 2022:

Die Allianz Pro Medienvielfalt tritt auf den Plan, und zwar noch bevor die Halbierungsinitiative überhaupt lanciert wurde.

August 2023:

Die Halbierungsinitiative (offizieller Titel: «SRG – 200 Franken sind genug!») kommt zustande. Hinter ihr stehen die SVP, der Schweizerische Gewerbeverband und die Jungfreisinnigen. Im Initiativkomitee sitzen einzelne Mitglieder, die schon bei «No Billag» (2017/2018) mit dabei waren.

November 2023:

Der Bundesrat entscheidet auf Vorschlag von Medienminister Albert Rösti, die Haushaltabgabe von 335 auf 300 Franken pro Jahr zu reduzieren. Zudem soll die Unternehmensabgabe, die zurzeit 25 Prozent aller Firmen betrifft, weiter reduziert werden. Diese Anpassungen werden mit einer Verordnung vollzogen, Parlament und Volk können darüber nicht entscheiden. Die Halbierungsinitiative lehnt der Bundesrat ab. Rösti will mit der Verordnung dem Initiativkomitee «den Wind aus den Segeln nehmen».

Oktober 2024:

Die zuständige Kommission des Nationalrats (KVF-N) beginnt mit der Beratung der Halbierungsinitiative. Sie wird voraussichtlich am 13./14. Januar 2025 entscheiden. Es ist möglich, dass aus ihren Reihen ein Gegenvorschlag eingebracht wird. Das Geschäft kommt hernach zuerst in den Nationalrat, später befasst sich die Schwesterkommission des Ständerats (KVF-S) und der Ständerat damit.

Bern, November 2024 | Mark Balsiger

Es geht um unabhängige Information,
Kulturproduktionen und ein breites Angebot
an Unterhaltung und Sport
in allen vier Sprachregionen.
Und es geht um eine gesunde Demokratie.



Gegen die Halberungsinitiative

pro-medienvielfalt.ch